

Ökoenergieland Bayern auf Erfolgskurs! Energiewende braucht Unterstützung aller



DR. MARCEL HUBER

2011 steht für eine Richtungsentscheidung in der Energiepolitik. Bayern steigt früher als geplant aus der Kernenergie aus und beschleunigt den Ausbau der erneuerbaren Energien. Unsere Zukunft ist regenerativ: Ziel ist eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung, die auf Dauer ohne Kernenergie auskommt.

BAYERISCHES ENERGIEKONZEPT „ENERGIE INNOVATIV“

Das Bayerische Energiekonzept „Energie innovativ“ beschreibt den Weg dorthin umfassend und konkret. Es formuliert ehrgeizige Ziele und stellt die Weichen für die Zukunft der Energieversorgung. Bayern soll Modell für die Energiewende in Deutschland werden! Wir wollen Produktionsstandort für Energie bleiben und den technologischen Vorsprung Bayerns ausbauen.

Ausgangspunkt ist der Energie-Dreisprung: Zuerst gilt es, Energie einzusparen. Daneben müssen wir Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien ausbauen.

Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bis 2021 auf 50% verdoppeln. Dazu verbessern und vereinfachen wir die Rahmenbedingungen für den Ausbau.

AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Wasserkraft ist eine der besten regenerativen Energiequellen: Sie ist klimafreundlich und grundlastfähig. Bayern ist hier schon heute führend. Die Wasserkraft soll durch Modernisierung und Nachrüstung sowie durch natur- und umweltverträglichen Neubau von Wasserkraftanlagen von derzeit 15% auf 17% ausgebaut werden. Neubauten sollen u. a. am Lech/Hochablass und an der Salzach entstehen. Die Gewässerökologie hat dabei für uns einen hohen Stellenwert.

Windenergie ist ein wichtiger Baustein für einen umweltfreundlichen Kernkraftausstieg. Bei der bayerischen Windenergie ist ein überdurchschnittlicher Zuwachs mit 1.000 bis 1.500 neuen Windkraftanlagen bis 2021 realistisch; sie könnte dann 6 bis 10% des Stromverbrauchs in Bayern decken. Der Ausbau muss raum-, natur- und landschaftsverträglich erfolgen und soll regionale Wertschöpfungspotenziale abrufen.

Als Umweltplanungshilfe für Kommunen hat das Landesamt für Umwelt eine Gebietskulisse Windkraft erarbeitet. Durch gezielte Analyse wurden konfliktarme Standorte für Windenergie ermittelt. Dabei wurden insbesondere Belange des Immissionsschutzes (Abstände zur Wohnbebauung) und des Naturschutzes (Schutzgebiete) geprüft. Die Karte wurde anschließend mit den Windgeschwindigkeiten überlagert. So ergeben sich Standorte für Windkraftanlagen in Bayern, für die der Immissions- und Naturschutz bereits geklärt ist und die auch hinsichtlich der Windgeschwindigkeit geeignet wären. Kommunen und Re-

gionale Planungsverbände haben die Gebietskulisse Windkraft bereits zur weiteren Abstimmung und Konkretisierung eigener Planungen erhalten. Anschließend können sie ihre Ergebnisse öffentlich vorstellen. Die Gebietskulisse wird auch im Energie-Atlas Bayern für jedermann veröffentlicht.

Mit dem Windenergie-Erlass vom 20.12.2011 sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Der immissionsschutzrechtliche Teil enthält vor allem neue Aussagen zu den Abständen. Daneben wird erstmals der naturschutzrechtliche Ausgleich einheitlich geregelt und im Ergebnis deutlich zurückgefahren. Ein Flächenausgleich für ökologisch nicht besonders wertvolle Flächen (z.B. Ackerflächen) findet nicht mehr statt. Die Ersatzgeldregelung wird zu einem modernen, marktwirtschaftlichen Standortsteuerungssystem ausgestaltet, das konfliktarme Standorte begünstigt und weniger geeignete Standorte stärker belastet. Die artenschutzrechtliche Prüfung wird von bisher 386 auf 26 Vogelarten und von bisher 24 auf 8 Fledermausarten reduziert. Der Erlass ist für die Behörden in Bayern verbindlich.

In jedem Regierungsbezirk soll zudem ein Windstützpunkt errichtet werden, der Impulse für mehr Windenergie in der Region geben soll.

Der derzeit wichtigste erneuerbare Energieträger in Bayern ist Biomasse. Bioenergie soll bis 2021 knapp 10% des Stromverbrauchs decken. Sie muss aber nachhaltig erzeugt werden. Die Nahrungsmittelversorgung muss Vorrang haben, das Grundwasser, die biologische Vielfalt und die landschaftliche Schönheit Bayerns dürfen nicht beeinträchtigt werden. Deshalb soll das Bioenergie-Potenzial vor allem mit Rest- und Abfallstoffen (z.B. Stroh) und durch effiziente Umwandlungstechnologien ausgeschöpft werden. >>

>> Die Photovoltaik könnte bei deutlich stromnetz- und stromlastgerechterer Einspeisung bis 2021 über 16% des Stromverbrauchs in Bayern decken. Wir wollen unter anderem ehemalige Deponien für Solarparks nutzen oder Solarzellen in Lärmschutzanlagen an Autobahnen integrieren.

Im Bereich Solarthermie und Umgebungswärme soll innerhalb der nächsten Jahre die Zahl der Solarkollektoranlagen und Wärmepumpen verdoppelt werden. Solarthermie und Umgebungswärme können damit rd. 4% des Gesamtenergiebedarfs decken. Auch das Tiefengeothermie-Potenzial soll vollständig ausgeschöpft werden; es kann rd. 1% des bayerischen Wärme- und Strombedarfs decken.

Ökoenergien sollen einen Nutzen für Klima und Umwelt bringen. Das neue Ökoenergie-Institut Bayern am Landesamt für Umwelt soll Impulse geben, um die regenerativen Energien umweltfreundlich zu gestalten. Es soll z.B. ökologische Wasserkraft, Ökosolarparks oder Windstützpunkte voranbringen. Weitere Themen sind Umweltforschung und Ökoinnovation.

Als Dienstleistung für Bürger, Kommunen und Investoren haben wir den Energie-Atlas Bayern entwickelt. Unter <http://www.energieatlas.bayern.de/> hat jedermann kostenlos Zugriff auf interaktive Karten, die Bestände und Potenziale der erneuerbaren Energien in Bayern zeigen. Zusätzlich enthält der Atlas Informationen, wo Abwärme genutzt werden kann. Er bietet Informationen zu Schutzgebieten und enthält Praxisbeispiele, Förderhinweise und Ansprechpartner.

SCHAFFUNG DER NOTWENDIGEN INFRASTRUKTUR

Eine erfolgreiche Energiewende ist mehr als nur der Ausbau erneuerbarer Energien. Die Schlüsselworte lauten Investition und Innovation. Wir brauchen Stromautobahnen, um Windstrom von der Küste zu den Industriestandorten in Süddeutschland zu bringen. Wir brauchen intelligente Netze, die Schwankungen in der Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenstrom ausgleichen können. Auf Bundesebene gibt es Überlegungen, die notwendigen Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Bayern unterstützt das.

Weiterhin müssen wir für die erneuerbaren Energien Stromspeicher schaffen. An der Donau beginnt derzeit das Planfeststellungsverfahren für das Pumpspeicherkraftwerk Jochenstein-Riedl. Es ist eines der größten aktuellen Infrastrukturvorhaben in Niederbayern. Darüber hinaus fördert der Freistaat zum Beispiel im Energie-Campus Nürnberg Forschung und Entwicklung für neue Speichertechnologien.

Als Ersatz für wegfallende Kernkraftwerke sind neue Gaskraftwerke mit einer Leistung von 3.000 bis 4.000 MW erforderlich. Sie sollen eine gesicherte, jederzeit verfügbare Leistung bereitstellen.

ENERGIEEFFIZIENZ UND ENERGIE-SPAREN BESONDERS WICHTIG

Besonders wichtig sind auch Energieeffizienz und Energiesparen. Bayern soll das Land mit der höchsten Energieeffizienz werden. Der Stromverbrauch soll in den nächsten 10 Jahren auf gegenwärtigem Niveau von rd. 85 Mrd. kWh/a gehalten werden, obwohl die Stromnachfrage weiter steigen wird. Durch mehr Energieeffizienz bei Gebäuden lassen sich erheblich Energie und Treibhausgase einsparen. Deshalb ist die energetische Gebäudesanierung seit langem ein Schwerpunkt der bayerischen Klimapolitik.

ENERGIEWENDE MIT AUGENMASS – STROM MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN!

Ziel bayerischer Energiepolitik ist eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Versorgungssicherheit ist dabei eine zentrale Säule. Bayern will starker Wirtschaftsstandort und Hightech-Land bleiben. Deshalb gestalten wir die Energiewende mit Augenmaß! Experten gehen davon aus, dass der Strompreis auch mit der beschleunigten Energiewende nur moderat steigen wird.

Auch die ehrgeizigen bayerischen Klimaziele werden weiter verfolgt. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß auf unter 6 Tonnen pro Einwohner/Jahr sinken, bis 2030 auf unter 5 Tonnen. Bayern hat dafür von 2008 bis 2011 eine Dreiviertelmilliarde Euro investiert – mehr als alle anderen Länder.

ENERGIEWENDE IST ENORME WIRTSCHAFTLICHE CHANCE

Die Energiewende ist eine epochale Herausforderung, aber auch eine bedeutende Chance für den Wirtschaftsstandort. Sie kann ein riesiges Konjunkturprogramm für Bayern werden! Wir können uns hier weltweit einen technologischen Vorsprung erarbeiten. Erneuerbare Energien sind Innovationstreiber und Job-Motor zugleich: Schon heute sind in Deutschland rund 370.000 Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht ein Potenzial von bis zu einer Million neuer Arbeitsplätze in Deutschland.

Mit dem Nachtragshaushalt 2012 setzt die Staatsregierung die Initiative „Aufbruch Bayern“ auch bei Energie, Klima und Innovation konsequent fort: 20 Millionen Euro sind für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, 66 Millionen Euro für das Klimaprogramm und die Energiewende und 40,5 Millionen Euro für Energieforschung und -technologie sowie Energieeffizienz vorgesehen.

ENERGIEWENDE BRAUCHT DIE UNTERSTÜTZUNG ALLER

Die Energiewende erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt. Sie lässt sich nur regional und lokal realisieren. Kommunen und Bürger sind hier besonders gefordert. Wir müssen die Menschen auf dem Weg in die Energiezukunft mitnehmen! Deshalb führen wir in Bayern einen engen Dialog mit Bürgern, Wirtschaft, Verbänden und Kommunen. Dazu halten wir regelmäßige Energiegipfel und eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen vor Ort ab.

Ich bin überzeugt: Die Energiewende wird ein Erfolg! Am Ende wird Bayern, werden wir alle davon profitieren!

DR. MARCEL HUBER
Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Fritz Gempel, Fürth
- Dr. Helmut Blaseio, Wörthsee
- Siegfried Westphal, München
- Dr. Josef Zeiselmair, Augsburg
- Wolfgang Barth, München
- Architektur- und Sachverständigenbüro Christine Pfister, Herrieden
- CV Computern-Verlags GmbH, Elke Neureuther, München

Impressum Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann **Redaktionsschluss:** 13.03.2012 **Produktion:** WELTBUCH Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

der März ist traditionell der Monat, in dem wir Sie um Überweisung des Mitgliedsbeitrags für das laufende Jahr bitten. Diese Aktion ist auch in diesem Jahr ohne große Probleme über die Bühne gegangen. Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich. Ohne Ihre finanzielle Unterstützung wäre unsere Arbeit an der Nahtstelle von Wirtschaft und Politik nicht möglich. Der Wirtschaftsbeirat finanziert sich ausschließlich

aus Mitgliedsbeiträgen und Erträgen aus dem Vereinsvermögen. Zuwendungen von anderer Seite gibt es nicht.

Hand aufs Herz: Der eine oder andere von Ihnen hat sich bei dieser Gelegenheit vermutlich gefragt: Muss ich beim Wirtschaftsbeirat unbedingt Mitglied sein? Was habe ich davon? Wo ist der Mehrwert?

Wir sind natürlich fest davon überzeugt, dass sich eine Mitgliedschaft lohnt. Dafür gibt es wenigstens sieben gute Gründe. Ich darf sie an dieser Stelle noch einmal in aller Kürze umreißen:

1. Beim Wirtschaftsbeirat erhalten Sie Informationen aus erster Hand zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen und Entwicklungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.
2. Unsere Veranstaltungen bieten Ihnen vielfach Gelegenheit, direkt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik zu diskutieren und Ihre Anliegen an sie heranzutragen.
3. Im Dialog mit der Politik können Sie beim Wirtschaftsbeirat zusammen mit anderen Unternehmern Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nehmen. Wer von der Politik nicht nur „behandelt“ werden will, muss selbst aktiv werden und handeln.

4. Der Wirtschaftsbeirat agiert nicht als Branchenlobby. Er ist eine rechtlich selbständige, parteipolitisch unabhängige Unternehmervereinigung, die sich gesamtwirtschaftlichen Interessen verpflichtet sieht.

5. Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. Wir treten ein für Freiheit und Eigenverantwortung, für Privateigentum, für Markt und fairen Leistungswettbewerb, Solidarität in Form von Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit. Schrankenlosen Kapitalismus und Sozialismus lehnen wir gleichermaßen ab.

6. Unseren Mitgliedern eröffnen wir den Zugang zu einem Netzwerk von rd. 1800 Unternehmen und Unternehmern aus allen Wirtschaftsbereichen und allen Teilen Bayerns. Beim Wirtschaftsbeirat ist man unter Freunden, Partnern und Gleichgesinnten.

7. Unsere Mitgliedsbeiträge sind maßvoll. Sie lassen sich als Betriebsausgaben oder Werbungskosten von der Steuer absetzen.

Ich hoffe, Sie sehen es ähnlich. Bleiben Sie uns gewogen!

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann

Unternehmertum zwischen Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung

UNTERNEHMER.ZUKUNFT: WAS HEISST DAS EIGENTLICH?

Mit der Auftaktveranstaltung im Oktober 2011 haben die ca. 80 Teilnehmer in einer offenen, interessenorientierten Atmosphäre ganz deutlich zum Ausdruck gebracht: Das Thema der „Lebensplanung & Richtungsweisung“ stellt für viele Unternehmer eine große Herausforderung dar. Mit der Folgeveranstaltung soll nun der Begriff der „Unternehmerzukunft“ vor dem Hintergrund des Spagats zwischen Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung mit den Teilnehmern erarbeitet werden. Insbesondere der Erfahrungsaustausch und die wechselnden Perspektiven zwischen den Unternehmergenerationen sollen bei der tiefgehenden Diskussion der einzelnen Facetten dieses Themenschwerpunkts einfließen.

UNTERNEHMER.ZUKUNFT: WIE GESTALTET SICH DIESE?

Die Themen, die von den Teilnehmern erneut in einem offenen Veranstaltungsformat

erarbeitet werden, befassen sich mit Fragestellungen rund um die Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen dem Unternehmen und der eigenen Familie, der Pflege von Freundschaften, der Fürsorge sich selbst gegenüber, der Schaffung von Energiequellen und dem „Ausleben“ unternehmerischer Freiheit. Der Austausch zwischen Unternehmern unterschiedlicher Generationen sorgt hierbei für eine große Bandbreite an Erfahrungen und Sichtweisen.

DIE FORDERUNG DER TEILNEHMER: MEHR NETZWERK!

Unsere nächste Veranstaltung am 25.04.2012 im Skygarden München wird ebenfalls in einem neuen Format stattfinden. Gemeinsam mit den Teilnehmern der ersten Veranstaltung haben wir insbesondere den Gedanken der höheren Kontaktdichte stärker in die Gestaltung einfließen lassen. Diesmal werden unsere Teilnehmer je ein Thema pro Tisch diskutieren. Mit dem Wechsel des Tisches und somit des Themas, wechseln auch die Gesprächspartner. Tischmoderatoren

sorgen dabei für die Dokumentation der Gespräche und halten zum Abschluss jeder Tischrunde die konkreten Forderungen der Teilnehmer an Wirtschaft und Politik fest. Den Teilnehmern bleibt trotzdem Zeit, sich auch in Ruhe untereinander auszutauschen. Bereits im Vorfeld können sich die Teilnehmer in der XING-Gruppe des Arbeitskreises (<https://www.xing.com/group/63504.68b718/4244137>) vernetzen und austauschen. Zudem äußerten die Teilnehmer den Wunsch nach einer zentralen Plattform zur Dokumentation der Veranstaltungs- und Arbeitsergebnisse sowie die Möglichkeit, auf interessante Fachbeiträge oder Artikel zugreifen zu können. Unter dem Link www.unternehmerzukunft.wordpress.com ist daher ab sofort auch ein Blog des Arbeitskreises Unternehmer.Zukunft. verfügbar! Schauen Sie doch gerne direkt vorbei, wenn Sie selbst einen Artikel zum Blog beitragen möchten. Sie können diesen per Email an die Adresse unternehmerzukunft@wbu.de senden. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

KATHRIN KESSLER

Basel III gefährdet Mittelstandsfinanzierung

Risikogewichte anpassen



PROF. DR. H.C. STEPHAN GÖTZL

Die deutsche Wirtschaft hat das Jahr 2011 trotz widriger Umstände mit 3 Prozent Wachstum sehr gut abgeschlossen. Besonders das Beschäftigungswunder in Deutschland sorgt international für Aufsehen. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2011 nur 7,1%. Dabei spielt die mittelständische Wirtschaft die maßgebliche Rolle. Der Beschäftigungsanstieg zwischen 2005 und 2011 in Höhe von 1,8 Millionen Personen wurde vollständig von mittelständischen Unternehmen getragen. Nicht zuletzt, weil das Wachstum des Investitionsvolumens zwischen 2005 und 2010 bei mittelständischen Unternehmen mit 11,2 Prozent fast doppelt so hoch war wie bei Großunternehmen.

Die mittelständische Wirtschaft selbst ist auf eine stabile Finanzierung durch Banken essentiell angewiesen, denn sie hat in der Regel keinen Zugang zum Kapitalmarkt. Allerdings wird die langfristige Kunde-Bank-Beziehung durch die regulatorischen Verschärfungen, allen voran Basel III, in ihrem Fortbestand gefährdet. Es wird zu erheblichen Preis- und Mengeneffekten im klassischen Kreditgeschäft kommen. Denn künftig werden Banken für Mittelstands- und Immobilienkredite bis zu 63% mehr an Eigenkapital benötigen. Durch den pauschalen Regulierungsansatz von Basel III, der in seinen künftigen Eigenkapitalanforderungen nicht nach Bankentypen und Bankgeschäften unterscheidet, wird das nachweislich risikoarme Mittelstandskreditgeschäft massiv belastet. Eine Kreditklemme in der Mittelstandsfinanzierung ist nicht mehr auszuschließen. Damit drohen nicht vertretbare Kosten für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

ANPASSUNG DER RISIKOGEWICHTE BEI MITTELSTANDSKREDITEN...

Dazu muss es aber nicht kommen, wenn bei der Festsetzung der neuen Eigenkapitalstandards danach differenziert wird, in welchen Geschäftsbereichen die Krise Mängel offen gelegt hat. Beispielsweise ist der Großteil der Verluste in der Finanzkrise im Handelsgeschäft entstanden und nicht durch das konventionelle Kreditgeschäft. Insbesondere Mittelstand und Immobilienwirtschaft in Deutschland haben sich als Stabilisatoren erwiesen. Für sie wären Verschärfungen der Finanzierungsbedingungen durch die neuen Eigenkapitalvorschriften nicht sachgerecht. Basel III – im Grundsatz eine nötige und richtige Antwort auf die Fehlentwicklungen im Bankensektor – lässt sich durch einfache Maßnahmen verbessern, so dass es nicht zu ungerechtfertigten Belastungen kommt. Problemlos könnten die Risikogewichte entsprechend angepasst werden. Für Mittelstandskredite sollte der Gewichtungsfaktor von jetzt 75 % auf 50 % reduziert werden. Dadurch würden Zusatzlasten für den Mittelstand vermieden, denn die Eigenkapitalunterlegung für einen Mittelstandskredit bliebe annähernd konstant. Außerdem sollte die sogenannte Retail-Grenze, bis zu der dieses Risikogewicht gilt, deutlich angehoben werden.

...UND BEI REALKREDITEN

Entsprechende Maßnahmen sollten bei Immobiliendarlehen ergriffen werden. Die Risikogewichte bei Realkrediten müssen berücksichtigen, dass beispielsweise in Deutschland eine Hausfinanzierung mit deutlich mehr Eigenkapital auf Kundenebene finanziert wird als anderswo. Für die Immobilienfinanzierung in Deutschland und die meisten Länder Europas, die durch sehr geringe Ausfallraten gekennzeichnet sind, ist eine pauschale Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung unnötig und würde der europäischen Immobilienwirtschaft schaden. Deshalb sollten die Risikogewichte von gewerblichen Hypothekarkrediten auf 35% (derzeit 50%) und von mit Wohnimmobilien besicherten Krediten an Privatpersonen auf 25% (derzeit 35%) gesenkt werden. Allerdings stellt sich bei einer allgemeinen Absenkung das Problem, dass nicht alle Immobilienmärkte die Solidität aufweisen, die für den deutschen Immobilienmarkt typisch ist. Deshalb wäre die Absenkung für manche Länder nicht sachgerecht, was die zuletzt geplatzten Immobilienblasen verdeut-

lichen. Deshalb muss eine nationale Differenzierung der Risikogewichte möglich sein. Zu denken wäre beispielsweise in Analogie zum antizyklischen Kapitalpuffer, der sich dem Konjunkturverlauf anpasst, an einen immobilienzyklischen Puffer, der von der nationalen Aufsicht bei Überhitzungen am heimischen Immobilienmarkt aufgeschlagen werden könnte. Wenn sich das Aufbauen einer Immobilienblase oder eine Anhäufung von Risiken in diesem Bereich abzeichnet, sollte die Aufsicht die Risikogewichte für Realkredite erhöhen können. Auf diese Weise könnte man den nationalen Unterschieden bei der Immobilienfinanzierung gerecht werden, gleichzeitig Mindeststandards festlegen, die durch empirische Fakten gesichert sind, und die Finanzstabilität erhöhen.

LIQUIDITÄTSREGELN: STRUKTURKENNZIFFER SCHADET MEHR ALS SIE NUTZT

Schließlich bedarf es auch bei den geplanten Liquiditätskennziffern noch deutlicher Verbesserungen, vor allem bei der langfristigen Strukturkennziffer (NSFR). Denn sie impliziert, dass Kreditinstitute keine Fristentransformation mehr betreiben können. Dabei ist das eine Hauptaufgabe von Banken, die zumindest die „konventionellen“ Institute seit jeher verantwortungsvoll erfüllen: langfristige Kredite für Investitionen bereitstellen und gleichzeitig den Sparern liquide Anlageformen anbieten. Das hat mit der spekulativen Fristentransformation der Investmenthäuser nichts zu tun, die vor allem durch die überfällige Regulierung des Schattenbankensystems verhindert werden kann. Die NSFR würde unnötige ökonomische Kosten verursachen. Auf ihre verbindliche Einführung sollte deshalb am besten ganz verzichtet werden.

FAZIT

Mit diesen simplen Maßnahmen würde es konventionellen Banken weiterhin ermöglicht, ihrer wichtigen Rolle bei der Finanzierung der Realwirtschaft nachzukommen. Gleichzeitig würde das Finanzsystem stabiler, weil die Anforderungen für Handelsgeschäfte und das Investmentbanking verschärft würden. Besonders der deutschen Volkswirtschaft mit ihrer Vielzahl an mittelständischen Betrieben muss an beidem gelegen sein.

PROF. DR. H.C. STEPHAN GÖTZL
Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern
Vizepräsident Wirtschaftsbeirat Bayern

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



▲ Vor großem Auditorium im Festsaal des Bayerischen Hofes sprach Prof. Dr. Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e.V., am 28. Februar im Rahmen einer Veranstaltung des **Arbeitskreises Ordnungspolitik**. Thema war „Europa in der Krise – halten die Rettungsschirme?“.

v.l.n.r.: Ehrenpräsident Dr. Dieter Soltmann, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Arbeitskreisvorsitzender Dr. Jürgen F. Kammer



▲ Zur Auftaktveranstaltung des neu gegründeten **Bezirks Ansbach** lud der Vorsitzende Fritz Gempel am 1. März den Präsidenten des Wirtschaftsbeirates Bayern ein. Dr. Wiesheu sprach zum Thema: „Wirtschaftsbeirat Bayern – Anwalt einer zukunftssichernden Wirtschaftspolitik“.

v.l.n.r.: Klaus Dieter Breitschwert, MdL, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand; Dr. Otto Wiesheu; Werner Schmiedeler, Vorstand Vereinigte Sparkassen Ansbach; Fritz Gempel. Foto: Michael Vogel AN RegioTipp



▲ Vom 2. bis 4. März trafen sich die **Jungen Unternehmer** mit jungen Politikern auf der Maierl-Alm zu einem Skiwochenende. Dabei ging es nicht nur um die Pisten der Kitzbüheler Alpen, sondern auch darum, in einem lockeren Ambiente den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik weiter zu fördern.

v.l.n.r. Andreas Lorenz, MdL; Tobias Reiß, MdL; Maximilian Falthäuser, Vorstand der Jungen Unternehmer; Dr. Manuela Ohlhäuser, StR; Hans Hammer, Vorsitzender des Bezirks München; Birgit Langenmayer, Vorstand der Jungen Unternehmer; Bernhard Seidenath, MdL; Markus Blume, MdL



▲ Der **Tourismusausschuss** tagte am 6. März im Hotel Cristal in München, um sich vor Ort und aus erster Hand über die Anforderungen für „Zertifizierungen im Tourismus für nachhaltige Betriebsführung – am Beispiel der Verleihung des Umweltsiegels in Gold an das Hotel Cristal“ zu informieren. Die „Theorie“ erläuterte Julia Maria Junger, Referat Tourismus im Wirtschaftsministerium. Die Geschäftsführer der Cristal Hotel Betriebsgesellschaft mbH, Kathrin Wickenhäuser und Alexander Egger, berichteten über Erfahrungen aus der Praxis.

v.l.n.r.: Julia Maria Junger, Ausschussvorsitzender Robert Salzl, Kathrin Wickenhäuser, Alexander Egger, Prof. Dr. Fritz Wickenhäuser



▲ Hubert Stärker, Vorsitzender des **Ausschusses Außenwirtschaft**, konnte am 8. März MdEP Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, als Referenten zum Thema: „Chancen der bayerischen Wirtschaft im Europäischen Binnenmarkt bewahren!“ begrüßen.

v.l.n.r.: Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann; Markus Ferber, MdEP; Hubert Stärker

Johann Gg. Zölls

- **Snackautomaten**
- **Fotoautomaten**
- **Getränkeautomaten**
- **Kaffeemaschinen**

Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

www.zoells.de

Wirtschaft außer Kontrolle

Der prägnanteste Leitfaden zu Wirtschaft im 21. Jahrhundert, der nun auf Deutsch erscheint. Mitten in der Krise ist dies der Ratgeber, auf den Sie gewartet haben.

Offizielle Erscheinung am 12. Juni zum Deutschen Wirtschaftstag in Berlin zum Einführungspreis von nur **14,90 €***
*gilt bis zum 30.6.12. danach 16,90 €

Erleben Sie Dr. Paul Craig Roberts als Referent beim Deutschen Wirtschaftstag am 12. Juni in Berlin. Dr. Roberts war 1981 Vizefinanzminister und Berater unter Ronald Reagan und wird deshalb als »Father of Reaganomics« bezeichnet. Er ist Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journal und Kolumnist bei Business Week, Scripps Howard News Service und Creators Syndicate gewesen. Dr. Roberts ist Vorsitzender des renommierten »Institute for Political Economy«.

Terminvorschau

05. April, Unterföhring

Junge Unternehmer: „Sky Workshop: The Future of Entertainment“ Führung durch den Studiokomplex von Sky Sport News HD, Steven Tomsic, CFO/Vorstand Finanzen: „Pay TV and its business model“; Stefan Kunz, Vice President Business and Distribution Services: „Ein Blick in die Technik der Zukunft: Mobiles TV, HD, 3D“

12. April, Lindau

Bezirk Lindau gemeinsam mit der Bodenseebank: Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern, „Fünf Jahre Finanzkrise – die richtigen Lehren ziehen“

16. April, Neunburg v. Wald

Bezirk Regensburg: Wolfgang Tauber, Leiter der Netzfürung der E.ON Bayern AG, „Netzzusammenbruch – Eine reale Gefahr bei der Energiewende?“

17. April, Marienberg/Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Besichtigung der Wallfahrtskirche St. Maria Himmelfahrt

17. April, München

Ausschüsse für Steuer- und Finanzpolitik sowie Europapolitik gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler: Rolf von Hohenhau, Präsident Bund der Steuerzahler, „ESM und Target II – eine Gefahr für unser deutsches Volksvermögen?“

18. April, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Thomas Klühr, Mitglied des Lufthansa Passagevorstandes München & Direct Services, „Warum wir die 3. Start- und Landebahn am Flughafen München brauchen“

20. April, Hof

Bezirk Hochfranken: Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung Flughafen München GmbH, „Die aktuelle Situation der deutschen Flughäfen und ihre Perspektiven für die Zukunft“

20. April

Bezirk Ansbach: Ole von Beust, Erster Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg, „Die wirtschaftliche, soziale u. ökologische Moderne“

23. April, München

Bezirk München: Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern bei der Deutschen Bahn AG; Dr. Wolfgang Beyer, Vorsitzender des Arbeitskreises „Schienenverkehr“ des Münchner Forum; StR Josef Schmid, Vorsitzender der CSU Stadtratsfraktion; Mdl Markus Blume, Sprecher der Jungen Gruppe der CSU Fraktion im Bayerischen Landtag; „Bahnknoten München – Handlungsbedarf, Optionen und Weichenstellungen“

24. April, München

AG Grüne Gentechnik: Dr. Stefan Marciniowski, Mitglied des Vorstands der BASF SE

25. April, München

Bezirk München – Arbeitskreis Unternehmerzukunft

26. April, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Stefan Bruckner, Geschäftsführer marcon.marketing consulting, ehem. Marketingdirektor der Olympia Bewerbungsgesellschaft München 2018, „Standortmarketing für Bayern – müssen wir uns im globalen Wettbewerb stärker profilieren?“

26. April, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Ingrid Kaindl, Abteilungsleiterin für Arbeit und berufliche Bildung im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen u.a., „Richtige Entscheidungen in Zeiten des Fachkräftemangels“

27. April, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Staatssekretär Stefan Kapferer, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, „Erneuerbare – quo vadis? Fördern wir das Richtige richtig?“

29. April, Bamberg

Bezirk Bamberg: Hartmut Koschyk, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, „Dauerkrise oder Licht am Ende des Tunnels? Aktuelle Fragen der Finanz- und Währungspolitik“

7. Mai, Bayreuth

Bezirk Bayreuth: Dr. Maria Fekter, Bundesfinanzministerin der Republik Österreich, „Die EURO Krise aus der Sicht Österreichs“

8. Mai, München

Junge Unternehmer: „Informationsbesuch zur aktuellen Entwicklung am Flughafen München“ Vortrag im Pressezentrum mit anschließender Rundfahrt über das Vorfeld unter sachkundiger Führung

8.-9. Mai, Brüssel

Forum Brüssel und Ausschuss Mittelstandspolitik: Dialog mit Vertretern des EU-Parlaments, der Kommission und des Rats zu Fragen der europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik

9. Mai, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik und Ausschuss Mittelstandspolitik: Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Sprecher des Vorstands der PricewaterhouseCoopers AG

11. Mai, Fraueninsel/ Chiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörther Gespräche mit Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), „Europas strategische Perspektiven – Probleme und Herausforderungen“

14. Mai, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik

22. Mai, Kempten

Bezirk Kempten/Allgäu gemeinsam mit FH Kempten und Lions-Club: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Kurs halten in herausfordernder Zeit“

22.-23. Mai, Berlin

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“

23. Mai, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Unternehmerstammtisch

14.-15. Juni, Lichtenwalde (bei Chemnitz)

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage

28. Juni, Passau

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke

03. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Vorstand MAN SE

12. Juli, München

Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Dieter Kempf, Vorsitzender des Vorstands der DATEV

13. Juli, Allgäu

Ausschuss für Tourismus: „Fachkräftemangel“

18. Juli, München

Ausschuss für Dienstleistungen: Markus Sackmann, Mdl, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Prof. Dr. Thomas Dommermuth, Fakultät Betriebswirtschaft, Hochschule Amberg-Weiden; Dr. Fritz Kempter, Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern e.V.; „Altersvorsorge für Freie Berufe“

24. Juli, Bamberg

Bayerischer Wirtschaftstag

15. November, München

Generalversammlung



Expense Reduction Analysts



Expense Reduction Analysts ist spezialisiert auf die Senkung von Beschaffungskosten. In Deutschland betreuen wir mit knapp 100 Experten mehr als 500 mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und gemeinnützige Organisationen. Durchschnittlich erzielen wir Einsparungen von knapp 20 Prozent.

Expense Reduction Analysts Bayern
Paul Aschenbrenner | Senior Partner
Färbergraben 4 | D-80331 München
Tel: 089 – 238 887 730
paschenbrenner@expensereduction.com
www.expensereduction.com

find extra profit